

**ARMUT
BEDROHT
ALLE**

**AKTIONSWOCH
2019**

**DER MENSCH
IST MEHR
ALS EINE ZAHL!**

**Reader zur landesweiten
Aktionswoche gegen Armut
14. bis 20. Oktober 2019**



Weitere Infos unter
www.armut-bedroht-alle.de

Inhaltsverzeichnis

Grundbedürfnisse - Heiner Heizmann, Ralf Nuglisch, Mia Koch	2
Soziale Ungleichheit in digitalen Zeiten - Mathias Becker.....	10
Der Mensch ist mehr als eine Zahl – Holger Hoffmann	12

Grundbedürfnisse

Heiner Heizmann: DiCV RS, Ralf Nuglisch DPWV, Mia Koch DGB BW

I. Vorab

Insgesamt sind in Baden-Württemberg rund 1,6 Millionen Menschen von Armut betroffen. Sie verfügen also über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in Baden-Württemberg. Unterhalb dieses Schwellenwerts, ist davon auszugehen, dass keine ausreichenden materiellen, sozialen und kulturellen Mittel vorhanden sind, die dem allgemeinen Lebensstandard entsprechen. Das im Südwesten vergleichsweise hohe Einkommens-, Preis- und Mietniveau sowie die insgesamt hohen Lebenshaltungskosten stellen arme Menschen in besonderem Maße vor Herausforderungen. Armut in einem reichen Land trifft die Betroffenen meist besonders hart.

Im wirtschaftlich starken Baden-Württemberg sind vor allem Menschen in Erwerbslosigkeit von einem hohen Armutsrisiko betroffen. Doch auch Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Kinder

selbst gehören zu den Risikogruppen. Basierend auf einem mehrdimensionalen Armutsverständnis kann Armut in Ursache und Wirkung nicht auf kleines oder fehlendes Einkommen reduziert werden. Materielle Armut steht in einem wechselseitigen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang mit anderen grundlegenden Entwicklungs- und Entfaltungsbereichen des Menschen zu denen Bildung, Arbeit, Teilhabe, Wohnen und Gesundheit zu zählen sind.

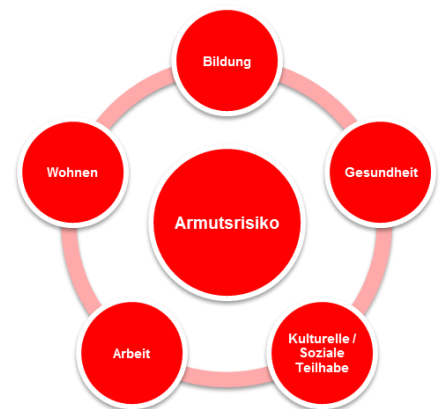
Armut ist also in Baden-Württemberg immer auch als Teilhabe- bzw. Zugangsbeschränkung zu diesen zu Entfaltungs- und Entwicklungsbereichen des Menschen zu verstehen. Je stärker diese Beschränkungen wirken, desto mehr driftet die Gesellschaft auseinander. Im Ergebnis gefährdet dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch im reichen und wirtschaftlich starken Südwesten sind Menschen hiervon betroffen und immer mehr fürchten sich angesichts der grundlegenden Veränderungsprozesse im Zusammenhang mit der digitalen Transformation der Arbeitswelt, der Algorithmisierung gesellschaftlicher Wahrnehmung und Diskurse sowie der wachsenden Ungleichheit zwischen Armut und Reichtum abgehängt zu werden.

Angesichts dieser Entwicklungen gilt es den Blick auf die Bruchstellen und Versorgungslücken unserer Gesellschaft zu richten um bedarfsgerechte und wirksame Lösungen der Armutsprävention und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu entwickeln. Diesem Blick muss die Überzeugung zu Grunde liegen neben den Statistiken, Wahlprognosen und Ergebnissen sowie den Algorithmen, den Likes und Klicks die Menschen, ihre Lebenslagen und Bedürfnisse in den Blick zu nehmen.

II. Übersicht: Armutslagen in Baden-Württemberg

Statistische Eckpunkte zu den folgenden Kapiteln

- Für die Caritas bedeutet Einkommensarmut und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Besorgniserregend ist das weit überdurchschnittliche Armutsrisiko für einzelne Personengruppen:
 - Armutsrisiko BW = 15,8 % (2017)¹
 - Armutsrisiko Erwerbslose = 48,5 % (2017)
 - Armutsrisiko Alleinerziehende = 48,0%
- Eng mit dem Armutsrisiko für die genannten Gruppen ist auch die kindliche Armutsgefährdung (2016 = 19,4 %) verbunden. Arme Kinder haben arme Eltern.
 - ca.33 % in einem Ein-Eltern-Haushalt
 - ca. 29 % in einem Haushalt mit Migrationshintergrund
- In BW entscheidet die soziale Herkunft maßgeblich und mehr als in anderen Bundesländern über den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen:
 - 47,1 % der Hauptschüler haben Eltern mit Hauptschulabschluss
 - 65,1 % der Gymnasiasten haben Eltern mit Abitur
- Gleichzeitig bestimmt der Bildungsstand maßgeblich über die zukünftige Armutsgefährdung der Kinder und Jugendlichen. Hier wird Armut immer noch häufig vererbt:
 - Armutsrisiko mit Realschulabschluss = 8,9 %
 - Armutsrisiko mit Hauptschulabschluss = 16,5 %
 - Armutsrisiko ohne Hauptschulabschluss = 40,9 %
- Die Bestände von preisgebundenen Mietwohnungen sind in Baden-Württemberg seit 2002 von 137.200 jedoch kontinuierlich zurückgegangen und lagen im Jahr 2017 nur noch bei 58.416 Wohnungen. Damit kam es in diesem Zeitraum zu einem Rückgang der Wohnungsbestände von 78.784 Wohnungen, was einem Rückgang von 57 % entspricht.
- Armutsgefährdete Menschen weisen eine verringerte Lebenserwartung gegenüber den oberen Einkommensgruppen auf – bei Männern bis zu -11 Jahren.
- Weniger als jeder zweite Mensch in Armut (46,1Prozent) ist in Sportvereinen aktiv und nur 12,1 Prozent partizipieren an musischer Bildung. (Nicht arm: 76,7 Sport / 28,9 Prozent Musik).



¹ Hier und im Folgenden vgl. Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Familien Forschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt: Gesellschaftsmonitoring BW, 2019. Verfügbar unter: <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/>

III. Bildung

Bildung gehört zu den zentralen Dimensionen des Lebens, ist ein entscheidender Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildung, im weiten Sinne, ist der umfassende, lebenslange Prozess der Entwicklung und Entfaltung der Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, ihre Potenziale zu entwickeln, verantwortlich zu handeln, Probleme zu lösen, Beziehungen selbstbestimmt zu gestalten sowie Sinn-, Glaubens- und Werthorizonte zu erschließen.

In BW entscheidet die soziale Herkunft mehr als in anderen Bundesländern, über den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.

- Dies beginnt mit dem Zugang zu frühen Hilfen, die arme Familien oft nicht in Anspruch nehmen.
- Bereits in der Grundschule sind wesentliche Unterschiede im Lesen und Schreiben erkennbar und können hier schon nicht mehr ausgeglichen werden.
- Der Schulabschluss hängt eng mit dem Einkommen und Bildungsstand der Eltern zusammen:
 - 47,1 % der Hauptschüler haben Eltern mit Hauptschulabschluss
 - 65,1 % der Gymnasiasten haben Eltern mit Abitur

Bei ungleichem Zugang zu Bildung wird das Armutsrisiko vererbt, denn der Bildungsstand beeinflusst das Armutsrisiko. Hier gehen Kinder mit ihren Wünschen, Zielen und Potentialen verloren, weil unser Bildungssystem nicht armutssensibel ist. Dabei ist die „Voll-Akademisierung“ kein Ziel, sondern vielmehr ein Chancengerechtes Aufwachsen aller Kinder, entsprechend ihrer Potentiale.

Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Bildungs- und Chancengerechtigkeit von Anfang an

Es braucht eine flächendeckende niedrigschwellige Lern- und Sprachförderung, um so ihren Zugang zu Bildung zu erleichtern. Kommunale Präventionsketten sind ein wichtiger handlungsfeldübergreifender Ansatz, um Gelingensbedingungen für ein bestmögliches Aufwachsen von Kindern zu schaffen.

Offene Ganztagsbetreuung qualitativ ausbauen

Unabhängig von der Förderung des Landes, ist dafür Sorge zu tragen, dass Kinder – soweit sie nicht den schulischen Ganztag besuchen – eine qualitätsvolle Ganztagsbetreuung erhalten (Hort an der Schule, Verlässliche Grundschule, Flexible Nachmittagsbetreuung).

Übergangsmangement stärken

Kinder und Jugendliche sind in ihren Übergangssituationen, z.B. von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in eine weiterführende Schule, von der Schule in eine Ausbildung oder aus der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit zu begleiten und zu unterstützen. Dies gelingt vor allem auch dann, wenn Kinder und Jugendliche aktiv einbezogen werden und sich beteiligen können.

IV. Wohnen

Die Versorgung mit ausreichendem, qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum in einem annehmbaren Wohnumfeld ist Voraussetzung für eine ausreichende soziale Teilhabe und Lebensqualität. Eine Wohnung ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort und elementare Grundlage für die Entwicklung und Entfaltung eines Menschen. Wohnen ist damit nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern betrifft unmittelbar die Menschenwürde und gehört zum als notwendig anerkannten Existenzminimum. Die Erhaltung von Wohnraum und die Verhinderung von Wohnungslosigkeit muss daher oberste Priorität haben.

Im Rahmen der Wohnraumallianz BW wurde 2017 die Prognos AG mit der Untersuchung des „Wohnraumbedarfs in Baden-Württemberg“² beauftragt. Sie stellt zunächst den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum dar und weist u.a. einen jährlichen Bedarf von 60.000 Wohnungen pro Jahr aus, davon neu zu schaffendem sozialem Wohnraum von 6.000 Einheiten. Hintergrund ist das Herausfallen von jährlich 1.500 Wohneinheiten aus der Mietbindung sowie gleichzeitig wachsendem Bedarf an sozialem Mietwohnraum für Menschen im Sozialleistungsbezug und/oder von Wohnungslosigkeit Bedrohten. Bis zum Jahr 2030 werden laut Prognos rund 22.000 Mietwohnungen aus der Preisbindung herausfallen. Davon entfallen mit rd. 12.900 Wohnungen allein fast 60 % auf den Zeitraum 2015 bis 2020, was gerade einen kurzfristig drängenden Bedarf in Baden-Württemberg signalisiert. Da die Zahl fertiggestellter Wohnungen seit Erscheinen der Prognos-Studie nicht annähernd den Bedarf deckt, ist inzwischen davon auszugehen, dass mindestens 70.000 Wohnungen pro Jahr, darunter 7.000 preisgebundene Mietwohnungen, benötigt werden.

Die Bestände von preisgebundenen Mietwohnungen sind in Baden-Württemberg seit 2002 von 137.200 jedoch kontinuierlich zurückgegangen und lagen im Jahr 2017 nur noch bei 58.416 Wohnungen. Damit kam es in diesem Zeitraum zu einem Rückgang der Wohnungsbestände von 78.784 Wohnungen, was einem Rückgang von rund 57 % entspricht. 2018 wurden laut Mieterbund rund 1.640 Förderanträge für neue Sozialmietwohnungen genehmigt. Demgegenüber stehen pro Jahr 2.300 Sozialmietwohnungen, deren Preisbindung in den kommenden Jahren auslaufen.

Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Wiedergründung der Landesentwicklungsgesellschaft – Aktive Wohnungspolitik des Landes betreiben

Das Land muss eine aktive Wohnungspolitik betreiben. Dazu ist es unerlässlich, dass wieder eine Landesentwicklungsgesellschaft eingerichtet wird, die die Verwendung der Landesmittel steuert, Flächen ankauft, Gebiete entwickelt und bezahlbaren Wohnraum baut und verwaltet sowie Kommunen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums berät und unterstützt.

Konsequente Anwendung des Mietrechts und von Zweckentfremdungsverboten

Land und Kommunen müssen dem weiteren Mietanstieg Einhalt gebieten. Die Mietpreiskapppung und die Kappungsgrenze bei Bestandsmieten müssen flächendeckend in Baden-Württemberg gelten. Um eine weitere Verknappung des Wohnungsangebots, zum Beispiel durch Vermietungen zu touristischen Zwecken oder Leerstand, zu verhindern, sollen die Kommunen Zweckentfremdungssatzungen erlassen und Verstöße hiergegen kontrollieren und stärker sanktionieren.

Verantwortungsvolle Bodenpolitik – kommunale Grundstücke mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften entwickeln

² Prognos AG, Wohnraumbedarfs in Baden-Württemberg, 2017. Verfügbar unter: https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Bauen/Wohnungsbau/Wohnraum-Allianz/PM_308_Prognos_Bericht_L-Bank_Wohnraumbedarf_in_Baden-W%C3%BCrttemberg_Management-Su....pdf

Kommunale Grundstücke sind das zentrale Gestaltungselement der Kommunen. Kommunen können darüber eine aktive Wohnungspolitik betreiben, in dem sie auf ihren Grundstücken mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wenn kommunale Grundstücke an Dritte vergeben werden, dann ausschließlich in Erbpacht und nur über Konzeptvergabe. In die Konzeptvergabe muss die Festlegung von Quoten für den Anteil an gefördertem Wohnraum standardisiert Einzug finden.

Ankauf von Belegungsrechten – Bestandschutz für Sozialwohnungen

Um dem Abschmelzen des Sozialwohnungsbestands entgegenzutreten und günstigen Wohnraum zu schützen, kann die Kommune über den Ankauf von Belegungsrechten im Bestand steuern.

Milieuschutz – Erhaltungssatzung unter sozialen Gesichtspunkten

Erhaltungssatzungen sind baurechtliche Satzungen, die von den Gemeinden in Deutschland auf der Grundlage des Städtebaurechts aus dem Baugesetzbuch erlassen werden können um die den Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im Quartier zu schützen. Hiervon sollen die Kommunen in angespannten, von Mieterverdrängung bedrohten Quartieren Gebrauch machen um bezahlbaren Wohnraum zu schützen.

V. Arbeit

Laut erstem Armuts- und Reichtumsbericht sind „die Erwerbslosen in Baden-Württemberg die mit Abstand am stärksten von Armut gefährdete Erwerbspersonengruppe“. Hinzu kommt, dass die Betroffenen „eine besondere Zunahme und eine enorme Verstetigung des Armutsrisikos mit anhaltender Erwerbslosigkeitsdauer“ aufweisen. 2017 waren 48,5 Prozent der Erwerbslosen armutsgefährdet. Bei Langzeiterwerbslosen waren dies rund sieben von zehn Personen. Trotz Rekordwerten bei den Beschäftigtenzahlen kommt der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit nicht entsprechend voran. Von Dezember 2015 bis Dezember 2018 stieg die Zahl der Beschäftigten im Land um gut 320.000 Personen. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der registrierten arbeitslosen Menschen lediglich um rund 34.000 zurück. Und: Das Angebot an Arbeitsstellen Baden-Württemberg liegt mit rund 111.000 im Juni 2019, deutlich unter der Zahl der rund 190.000 arbeitslosen Menschen im gleichen Zeitraum. Davon sind gut 100.000 gemeldete arbeitslose Menschen im SGB II, die Arbeitslosengeld II / Hartz IV beziehen.

Letztere haben besonders geringe Chancen auf Arbeit. Rund 17 Prozent der Arbeitslosen (rd. 4.300 Personen) verließen im Juni 2019 die Erwerbslosigkeit, weil sie eine Erwerbstätigkeit begonnen haben. Der entsprechende Anteil im Geltungsbereich des SGB III lag bei rund 43 Prozent.

Die geringen Arbeitsmarktchancen der Erwerbslosen aus dem SGB II sind vor allem auch darin begründet, dass Qualifizierungsniveaus der Betroffenen und Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht zusammenpassen. Rund zwei Drittel von ihnen haben keinen Berufsabschluss. Demgegenüber hatten 2018 nur 15 Prozent der Beschäftigten keinen Berufsabschluss und lediglich rund 23 Prozent der gemeldeten offenen Arbeitsstellen waren auf diesem Anforderungsniveau angesiedelt.

Trotz dieser Zahlen waren im Juni nur rund 2.000 langzeitarbeitslose Menschen in einer öffentlich geförderten Beschäftigung und rund 3.500 in einer Arbeitsgelegenheit (sog. „Ein-Euro-Job“). Rund 1.800 arbeitslose Menschen erhielten einen Eingliederungszuschuss. Eine berufliche Weiterbildung nach dem SGB II machten im gleichen Zeitraum rund 3.900

Menschen (bei rund 101.000 Arbeitslosen). Im SGB III waren dies rund 13.000 Personen (bei rund 89.000 Arbeitslosen).

Langzeitarbeitslose Menschen sind zudem überdurchschnittlich häufig mit komplexen Problemlagen und Vermittlungshemmnissen konfrontiert, die ihre beruflichen Integrationschancen erheblich verringern. Dazu zählen z.B. Elternschaft, Erkrankungen oder auch schlicht ein höheres Alter.

Die Integrationswahrscheinlichkeit liegt für Betroffene ohne Vermittlungshemmnis innerhalb eines Jahres bei über 30 Prozent. Bei einem Hemmnis sinkt die Integrationswahrscheinlichkeit auf unter 20 Prozent, bei zwei auf weniger als zehn Prozent. Liegen vier oder mehr Hemmnissen vor, bestehen praktisch kaum noch Chancen auf eine auskömmliche Arbeitsstelle.

Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Mehr berufliche Aus- und Weiterbildung für Menschen in der Grundsicherung

Arbeitslose Menschen mit geringem Qualifizierungsniveau brauchen mehr Angebote, die ihnen eine Berufsausbildung oder eine berufliche Weiterbildung ermöglichen.

Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung

Teilhabe und Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit sind gerade für langzeitarbeitslose Menschen mit komplexen Problembelastungen nur mit Hilfe öffentlich geförderter Arbeitsplätze möglich.

Individuelle und integrierte Hilfen forcieren

Langzeitarbeitslose Menschen brauchen mehr individuelle Hilfen, die Vertrauen schaffen und Perspektiven eröffnen. Aktivierungsmaßnahmen von der Stange, helfen vielen Betroffenen nicht. Die komplexen Problemlagen vieler Betroffener erfordern mehr abgestimmte Angebote und planvolles Zusammenwirken verschiedener Stellen.

VI. Gesundheit

Verschiedene Studien weisen seit Jahren auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status und gesundheitlichen Mangellagen hin³. Kinder aus einkommensschwachen oder von Armut betroffenen Familien weisen auch hinsichtlich der Teilhabe an Gesundheit auf einen Mangel hin, der in den Bereichen Ernährung, Bewegung und gesundheitlicher Vorsorge erkennbar ist. Schon bei der Gesundheit von Neugeborenen gibt es soziale Unterschiede, die auf den Bildungsstatus der Mutter zurückgeführt werden. So sind Frühgeburten und Kinder mit niedrigem Geburtsgewicht bei Müttern mit höherer Bildung seltener. Durch Mangelernährung im Mutterleib oder in früher Kindheit kann sogar die Basis für Erkrankungen im Erwachsenenalter gelegt werden.

Setzt sich das erhöhte Gesundheitsrisiko armer Kinder- und Jugendlicher in der Gesundheit im weiteren Lebenslauf fort, begrenzt dies einerseits langfristig die Möglichkeiten zur Teilhabe an Arbeit und/oder dem sozialen und kulturellen Leben und erhöht somit andererseits auch das zukünftige Armutsrisiko. Der Zusammenhang zwischen einer gesundheitlichen Einschränkung und dem erhöhten Armutsrisiko, z.B. aufgrund mangelnder Erwerbsbeteiligung, macht deutlich, dass die gesundheitlichen Folgen einer Armutslage

³ vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW (nachfolgend „Sozialministerium BW“), 2015: Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg. Kapitel IV, S. 399. Verfügbar unter: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Anhang_PM/Armuts_und_Reichtumsbericht_25_11_2015.pdf

erstens das Armutsrisiko selbst verstärken und zweitens langfristige Auswirkungen haben können. Besonders deutlich und dramatisch zeigt sich dies bezüglich der Lebenserwartung und dem Mortalitätsrisiko. So weisen armutsgefährdete Männer sogar eine um 11 Jahre verringerte Lebenserwartung gegenüber Männern aus der oberen Einkommensgruppe auf. Auch temporäre Armutslagen gehen, insbesondere aufgrund verhaltensbedingter Risikofaktoren, mit einer verringerten Lebenserwartung einher. Obwohl BW hinsichtlich der durchschnittlichen Lebenserwartung im bundesvergleich an der Spitze liegt, lassen sich regionale Unterschiede, bezüglich einer differierenden Lebenserwartung von bis zu 2 Jahren feststellen.

Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Krank werden kann jeder – aber Armut erhöht das Risiko!

Durch die Begleiterscheinungen der Armut steigt die Krankheitsgefahr zusätzlich. Wohnungslose und Arbeitslose, Kinder armer Menschen, Flüchtlinge und Migranten sind häufiger und länger krank, haben höhere Gesundheitsrisiken und sterben früher. Ihre Lebenssituation macht krank
Wir fordern eine Politik, die aktiv gegen Armut eintritt und mehr Wachheit von Medizin, Behörden und Versorgungssystem für besonders verletzte Gruppen.

Krank werden kann jeder – aber Gesund werden muss man sich leisten können.

Denn der Zugang zum Gesundheitssystem hängt stark vom finanziellen Hintergrund ab. Doch wer krank ist, soll zum Arzt gehen und die notwendigen Hilfen und Leistungen bekommen können.
Wir fordern eine allgemeine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen – und eine Stärkung der niedrighwelligen aufsuchenden Angebote.

VII. Teilhabe

Für Menschen aus armen und/oder einkommensschwachen Haushalte sind in ihrer Freizeitgestaltung begrenzt. Das ist kein Luxusproblem, sondern teilt die Gesellschaft von klein auf in mindestens zwei Gruppen – doch ohne Begegnung entsteht kein Zusammenhalt. Darüber hinaus sind es diese informellen Lernorte, die Talente fördern, neue Erfahrungen bergen und außerhalb der formellen Bildung soziale und kulturelle Kompetenzen stärken. Auch das politische und ehrenamtliche Engagement von Menschen in Armutslagen steht, zu oft noch, unter dem Vorurteil, dass kein Interesse an der Beteiligung bestünde. Hier werden jedoch immer noch bestehende Zugangshürden übersehen oder sogar gestärkt. Weiterhin ist Mobilität ein Grundbedürfnis das gesichert sein muss, damit Menschen am sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können. Mobilitätsarmut engt die Bewegungsfreiheit ein⁴. Eingeschränkte Mobilität verschärft auch die Tendenz der Nichtinanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, vor allem in ländlichen Gebieten. Mangelnde Möglichkeiten an unterstützender Verkehrsinfrastruktur zementieren Benachteiligungen und engen die Bewegungsfreiheit weiter ein. Unzureichende Möglichkeit zu individueller Mobilität erweist sich als armuts- und ausgrenzungsgefährdende Größe.

- weniger als jeder zweite Mensch in Armut (46,1Prozent) ist in Sportvereinen aktiv und nur 12,1 Prozent partizipieren an musischer Bildung. (Nicht arm: 76,7 Sport / 28,9 Prozent Musik)

⁴ Vgl. MobileInclusion - Forschung zu Mobilität und sozialer Ausgrenzung. Verfügbar unter: <https://mobileinclusion.projects.tu-berlin.de/mi/>

- Freizeitaktivitäten, wie der Besuch von Kino, Theater oder Konzerten kann sich mehr als die Hälfte (54,3 Prozent) der Menschen im Leistungsbezug (SGB II, SGB XII) aus finanziellen Gründen nicht einmal im Monat leisten.
- Mobilität ist nicht kostenlos, man muss sie sich leisten können: Im Durchschnitt gibt der Privathaushalt in BW monatlich rund 411 Euro für Fahrzeugkäufe und Reparaturen, Bustickets und Benzin, Reisen und Umzüge aus.

Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Gezielte Förderung von Vereinen

um allen Interessierten die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Der Zugang zu Sport, Kultur und Musik darf nicht als Luxus verstanden, sondern muss zum Herzstück einer armutssensiblen Politik sein.

Ausbau und Öffnung der außerschulischen und kulturellen Angebote

Es müssen Zugänge für alle Menschen geschaffen werden und mindestens in den durch das Land geförderten Angeboten ein klarer Auftrag zur sozialen und kulturellen Öffnung, inklusive finanzieller Ausgleichs, formuliert werden.

Sozialtarife im Kommunalen Verkehrsverbund

Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das bis zu einem gewissen Maß gesichert sein muss, damit Menschen am sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können. Mobilitätsarmut engt die Bewegungsfreiheit ein. Mit einem Sozialticket kann Mobilität für alle gesichert und Ausgrenzung verhindert werden.

Soziale Ungleichheit in digitalen Zeiten

Mathias Becker – LAK, NW I

Digitalisierung wird weltweit in atemberaubendem Tempo vorangetrieben, sie ist mittlerweile für uns alle wahrnehmbar - in nahezu sämtlichen Lebensbereichen -
Letztendlich sind deren Effekte und Dynamik unumkehrbar und untrennbar mit unserer Zukunft verbunden. Doch wer gestaltet die Regeln dafür? Sind zum Beispiel Staaten und Regierungen noch in der Lage, mittels Gesetzen die Rahmenbedingungen für global agierende Konzerne in der digitalen Welt vorzugeben? Wie sieht es beim ‚Hypertrading‘ an der Börse und anderen Finanzschauplätzen aus, wo in Sekundenbruchteilen reelle und virtuelle Werte kreuz und quer über den Globus gehandelt werden und den Staaten womöglich gigantische Summen an Steuergeldern verloren gehen (Stichwort ‚cum-ex-trading und Transaktionssteuer‘). Die Entwicklung verläuft derart rasant, dass IT-Studenten schon heute teilweise über mehr Wissen verfügen, als ihre Dozenten – viele gehen nach ihrem Abschluss in die freie Wirtschaft, die ihnen hohe Gehälter bietet. In 2018 machte die Befragung von facebook-Boss Marc Zuckerberg durch den US-Kongress überdeutlich, dass viele Senatoren überhaupt keine Ahnung von der Tragweite dessen haben, was in digitalen Welten schon Wirklichkeit geworden ist. Viele Fragen die gestellt wurden, waren schlichtweg harmlos oder nicht zielgerichtet.

Ist der Mensch im Jahr 2019 tatsächlich mehr als Zahlen und Algorithmen über die er/sie eingeordnet ‚geranked‘ wird anhand Kaufkraft, Bewegungsprofil, Wohnort, Konsumverhalten? Sind Staaten heute in der Lage, ihre BürgerInnen vor Willkür und Datenhunger zu schützen – oder spielt der Staat selbst willfährig mit? Alle wissen letztendlich, was im Hinblick auf staatliche, digitale Überwachung der BürgerInnen Chinas geschieht. Minderheiten, wie die Uiguren sehen sich besonderen Repressionen des Zentralstaates ausgesetzt: das System schlägt bereits Alarm, wenn eineR von ihnen, ständig durch unzählige Kameras überwacht, mehr als 100 Meter vom üblichen Weg Arbeitsstätte-Wohnung abweicht. Die Romane von George Orwell, Aldous Huxley und William Gibson sind in der Zwischenzeit zur Realität geworden in einigen Ländern.

Wie ergeht es den Schwachen in den Gesellschaften, denen, die mit dem technischen Fortschritt nicht mithalten können oder wollen? Wer besitzt meine Daten, wie werden diese international vernetzt und abgeglichen?

Laut Wall Street Journal wurden bereits im Jahr 2012 online angebotene Dienstleistungen, Reisen, Hotelzimmer und andere Produkte bis zu 30% teurer verkauft, je nachdem – ob man diese mit einem Windows oder Apple-PC gebucht hatte. Dies ist auch heute noch der Fall, wie die Bundesnetzagentur im Juni 2019 feststellen konnte. Das stellt eine klare soziale Benachteiligung von Apple-Usern dar, die schlicht auf bewusst implantierte Algorithmen zurückzuführen ist, welche beim Kauf das benutzte Gerät identifizieren. Laut Untersuchungen von Orbitz Worldwide Inc., einer Reise-Meta-Suchmaschine zum Konsumverhalten sind eben Apple-User bereit, wesentlich mehr Geld auszugeben. In diesem Zusammenhang sprechen KritikerInnen von „Überwachungskapitalismus“. Bei der Recherche zu Orbitz Inc. wurde der Verfasser ausdrücklich von seinem installierten Ad-Blocker davor gewarnt, deren Hauptseite auch nur anzurufen, da Daten zu Analysezwecken (Position, Verweildauer, Konsum- und Surfverhalten) angefragt würden. Weltweit nimmt der Einsatz biometrischer Daten und Technologien bei der Vergabe von Sozialhilfe und anderen staatlichen Transferleistungen zu. Dieser Trend ist überaus bedenklich.

In Südafrika gibt es rund 17,2 Millionen BürgerInnen, die auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind. Sie erhalten diese Zahlungen auf ein Konto, dass mit der neu eingeführten ‚SmartCard‘ verknüpft ist. Bei dieser Smart-Card handelt es sich de facto um eine Kreditkarte, eine Mastercard. Hier sehen wir also die Verbindung zwischen staatlichen und privaten Autoritäten und Unternehmen, die gemeinsam auf sämtliche Daten des Karteninhabers/der Karteninhaberin Zugriff haben. Sämtliche Transaktionen sind für Staat und Konzern in Echtzeit einsehbar.

Die Einspeisung dieser Datensätze in weitere Datenbanken ist problemlos möglich sowie für die Betroffenen nicht einsehbar oder nachvollziehbar.. Dies schreibt die mexikanische Autorin Magdalena Sepúlveda in ihrem auch auf deutsch erschienenen Artikel ‚Datenschutz nur für Reiche?‘ Weiterhin führt sie aus: „In Mexiko müssen die 55,6 Millionen Versicherten von Seguro Popular (die staatliche Krankenversicherung für die ärmsten Bürger) ihre biometrischen Daten an die Behörden weitergeben. Die weltweit größte biometrische Datenbank – Aadhaar – befindet sich in Indien. Da die Aufnahme in Aadhaar eine Voraussetzung für den Zugang zu mehreren Sozialprogrammen ist, sind 95 Prozent der 1,25 Milliarden Einwohner des Landes bereits erfasst.“

Was können also NGO's und Initiativen tun, um besseren Datenschutz für uns BürgerInnen und im Speziellen für diejenigen in unserer Gesellschaft zu erreichen, denen es nicht so gut geht, die keine starke Lobby hinter sich haben, welche ihre digitalen Rechte vertritt?

Als Erstes gilt es für uns alle selbst das Bewusstsein zu schärfen, dafür, dass sich der soziale Verteilungskampf und die Auswirkungen des Turbokapitalismus eben auch – und umso mehr in digitalen Netzen auswirken.

Man sollte unbedingt auf das Prinzip einer Firewall auf seinen internetfähigen Geräten setzen, um Apps und Programmen die Hintergrundkommunikation, das Senden und Empfangen von Daten zu untersagen, sofern das nicht erforderlich und gewünscht ist. Sprachassistenten wie Cortana und Siri, die stets als Datenschleudern groß abräumen bei den unbeliebten ‚Big-Brother-Awards‘ sowie Positionsdienste wie GPS oder Google sollten generell abgeschaltet bleiben. Die wenigsten tun dies bisher, obwohl mittlerweile gute, kostenlose Firewalls existieren, hier kommt laut einer Studie des russischen IT-Security-Unternehmens Kaspersky ein Aspekt der sogenannten Datenhygiene ins Spiel. Wem überlasse ich meine Daten absichtlich oder gar fahrlässig – Apple lässt Firewalls auf seinen iPhones gar nicht erst zu, was aus Konzernsicht verständlich ist, aus Sicht der User absolut inakzeptabel.

Die Verordnung der Europäischen Union zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr ist ein Beispiel, wie ansatzweise unsere Daten geschützt werden sollen.

Diese europäische Datenschutz-Grundverordnung garantiert ab 2018 NutzerInnen leichteren Zugang zu ihren Daten. JedeR hat das Recht zu erfahren, welche Daten über ihn/sie gesammelt werden. Zudem haben NutzerInnen Anspruch auf klare und leicht verständliche Informationen, wer seine/ihre Daten zu welchem Zweck wie und wo verarbeitet. Die Verordnung erstreckt sich ebenfalls auf US-Unternehmen, die ihre Dienste in Europa anbieten und wird weltweit als Maßstab gesehen, obwohl sie sicher nur ein Anfang sein kann.

Wie so oft beginnt die Reise bei uns selbst – Organisationen müssen zukünftig lernen, im Bezug auf sozialpolitische Ansätze sensibel mit heiklen digitalen Themen umzugehen und ständig den expandierenden technischen Fortschritt internationaler Multis im Auge zu behalten.

Der Mensch ist mehr als eine Zahl

Holger Hoffmann

Zahlentyp 1: Schau in Deinen Personalausweis. Da steht die Nr. des Ausweises drin. Du hast auch eine Sozialversicherungsnummer und eine Nr. beim Finanzamt und auf der Krankenkassenversicherungskarte. Vielleicht auch ein Autokennzeichen, sogar zwei? Und das wichtigste: Die Kontonummer bei Deiner Bank und die Zahl am Ende von Deinem Kontoauszug.

Ordnung muss sein, Dein Name alleine genügt schon lange nicht mehr. Name und Geburtsdatum und Adresse auch nicht. Irgendwie und irgendwann kamen diese Zahlen dazu. Sie sollen die Komplexität vereinfachen. Durch sie werden Personen zu Kennzahlen, die leichter „zu verarbeiten“ sind. Warum eigentlich?

Zahlentyp 2: Es gibt Menschen, die müssen mit 424 Euro im Monat klarkommen. Das ist der aktuelle Regelsatz im Harz IV-System für einen Erwachsenen. Wenn Du in Baden-Württemberg lebst ist es wichtig zu wissen ob Du mehr oder weniger als 1.055 € im Monat für Dich alleine zum Leben hast. Oder für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren mehr oder weniger als 2.215 €. Mehr: super. Weniger: nicht super, dann fällst Du unter die Armutrisikoschwelle. 15,4% der Menschen in Baden-Württemberg fallen „unter“ diese Schwelle.

Ob Du arm bist oder nicht-arm entscheidet eine statistische Erhebung, entscheiden Zahlen. Bist Du gefragt worden? Wie es Dir geht? Ob und wie du klarkommst? Nein. Es gibt viele solcher Zahlen. „Die“ wissen ja um 18.00 h, sofort wenn die Wahllokale geschlossen haben, was Du gewählt hast, ohne dass Dein Stimmzettel schon ausgewertet wäre. Irgendwie unheimlich, oder? Soll ich dann überhaupt noch wählen gehen? Wir alle gehören unsagbar vielen solcher Zahlengruppen an, ob wir wollen oder nicht. Diese Zahlen dienen als Entscheidungsgrundlage für viele Entscheidungen, auch wichtige politische Entscheidungen. Und solange Armut statistisch und relativ gemessen wird, wird es immer welche geben. Immer.

Zahlentyp 3: Null, eins, null, eins, eins, null... Für die Datenverarbeitung, für die EDV, das Internet sind nur diese beiden Zahlen interessant. Digital nennen wir das. Nuller und Einser bestimmen die digitale Welt. Menschen, Wörter, große Zahlen, Bilder, Gefühle wie Liebe... alles wird auf die Kombination dieser beiden Zahlen reduziert. Das geht nur weil es Chips gibt, kleine elektronische Bauteile, die diese beiden Zahlen verarbeiten können und die aber auch nur diese beiden Zahlen verstehen.

Und diese Chips sind zunehmend überall: in unseren Mobiltelefonen, zu Hause, im Kühlschrank, in der Uhr und auch am Arbeitsplatz. Wir tragen sie herum, wir kommunizieren mit ihnen, sie zeichnen auf was wir tun und nicht tun, sie ersetzen unsere Arbeitskraft. Sie wollen alles über uns wissen und uns ersetzen. Null-Eins, dieser Widerspruch: der Zahlencode der Zukunft.

Alle drei Zahlentypen reduzieren. Sie verkleinern das was Menschen sind und Menschen tun auf Zeichenfolgen. Damit kann besser, effektiver „gearbeitet“ werden. Datenverarbeitung = Menschenverarbeitung? Menschen arbeiten mit diesen Zahlen. Menschen haben das „für“ Menschen entwickelt. Darüber wollen wir mit Dir reden!